

Mainova

„Wir liegen auf Kurs“

[01.09.2017] Der Frankfurter Energieversorger Mainova liegt mit seinem Halbjahresergebnis im Plan. Zugleich kritisierte der Mainova-Vorstandsvorsitzende Constantin H. Alsheimer die Politik der Bundesregierung und das Prinzip der stromgeführten Energiewende.

„Wir liegen auf Kurs. Dabei blicken wir auf ein erwartungsgemäß verlaufenes erstes Halbjahr 2017 zurück“, resümierte der Mainova-Vorstandsvorsitzende Constantin H. Alsheimer bei der Präsentation des Halbjahresergebnisses in Frankfurt am Main. So lag der Gewinn vor Steuern (EBT) bei 57,6 Millionen Euro. Positiven Einfluss auf das operative Geschäft habe der Vertrieb im Privatkundensegment genommen. Hier konnte Mainova seinen Kundenbestand seit Jahresbeginn um 28.000 neue Strom- und Gaskunden aufstocken. Negativ habe sich lediglich der Geschäftsverlauf einer Mieterbeteiligung bemerkbar gemacht. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich das Halbjahresergebnis um 4,9 Millionen verringert, informiert der Frankfurter Versorger.

Wie das Unternehmen meldet, stieg der Gasabsatz dank Kundengewinnen im ersten Halbjahr 2017 um 14,9 Prozent auf rund 8.400 Millionen Kilowattstunden, der Absatz von Wärme und Kälte stieg um 3,5 Prozent auf rund 1.150 Millionen Kilowattstunden. Gleichzeitig sank der Stromabsatz in Folge eines leicht rückläufigen Stromhandels um gut acht Prozent auf knapp 5.000 Millionen Kilowattstunden, der Wasserabsatz verringerte sich ebenfalls um drei Prozent. Alsheimer: „Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2017 ein bereinigtes Ergebnis leicht über Vorjahresniveau. Damit bestätigen wir unsere Ergebnisprognose.“

Die Investitionen des Unternehmens sind im Vergleich zum Vorjahr von 51,9 auf 56,1 Millionen Euro gestiegen. 14 Millionen Euro davon flossen in die Umsetzung des Fernwärmeverbundes. Seit Mitte August ist dieser erfolgreich in Betrieb ([wir berichteten](#)).

Gleichzeitig kritisierte Alsheimer die politischen Vorgaben aus Berlin. Schon jetzt zeichne sich ab, dass die Klimaschutzziele deutlich verfehlt werden. Deshalb müsse der ordnungspolitische Rahmen für die Energiewende dringend neu justiert werden. Besonders monierte der Stadtwerke-Chef, dass sich die maßgeblichen politischen Akteure von einer Doktrin der stromgeführten Energiewende leiten ließen. Demzufolge hätten der Energieträger Gas und die Gasinfrastruktur keinen Platz mehr in der deutschen Energielandschaft. Technologien wie Fernwärme im urbanen Raum, Gaskraftwerke als Partner der volatilen erneuerbaren Energien oder Power to Gas werde so die Perspektive genommen. „Die Doktrin der stromgeführten Energiewende bedeutet einen Bruch mit den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit. Als Konsequenz droht eine Kostenexplosion. Außerdem wird die Versorgungszuverlässigkeit bedroht“, betonte Alsheimer.

Auch die Vollelektrifizierung des Verkehrssektors seien aus Sicht von Mainova zu hinterfragen. Alsheimer: „Die künftige Bundesregierung sollte den ordnungspolitischen Rahmen technologieoffen gestalten, anstatt alles auf eine Karte zu setzen. Ziel muss sein, dass sich die effizientesten Lösungen durchsetzen können.“

(me)

Stichwörter: Unternehmen, Mainova,